

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Evangelisches Kirchen- und Volksblatt. 1877-1919 1871**

21 (21.5.1871)

# Evangelisches Kirchen- und Volksblatt

für das

## Großherzogthum Baden.

Preis halbjährlich 1 Gulden  
ohne Postzuschlag. Im Buchhande-  
halbjährlich 1 fl. 15 kr. = 25 Sgr  
Preis einer Nr. 3 kr.

Wöchentlich einen halben Bogen.  
Durch alle Postämter und Buch-  
handlungen zu bestellen.  
Inserate: die gespaltene Petit-  
zeile 3 kr. = 1 Sgr.

Nr. 21.

Sonntag, den 21. Mai

1871.

Inhalt: Die Reform-Petition gegen das apostolische Glaubensbekenntnis vor dem Großen Rath in Basel am 1. und 2. Mai 1871. — Correspondenzen. — Kirchsche Nachrichten (Heidelberg. — Sachsen. — München. — Bamberg. — Paderborn. — Paris). Politische Rundschau. — Allerlei. — Anzeigen.

### Die Reform-Petition gegen das apostolische Glaubensbekenntnis vor dem Großen Rath in Basel am 1. und 2. Mai 1871. \*)

Erinnern wir uns zuerst an das, was vor der Großrathssitzung vorgegangen ist. Am 6. Februar kam die Petition des Reformvereins vor den Großen Rath, unterschrieben von acht Personen, worunter fünf Großräthe, zwei Schweizerbürger (deren einer seit acht Monaten erst hier ist) und ein Basler Bürger. Dieselbe schließt mit dem Begehren: „Der Große Rath möchte das Angemessene verfügen, damit in den öffentlichen Handlungen unserer reformirten Landeskirche Niemand mehr auf das sogenannte apostolische Glaubensbekenntnis verpflichtet werde, dessen Inhalt mit der Uebersetzung eines großen Theiles der Kirchengenossen im Widerspruch steht.“

Diese Petition wurde nach unserem Reglement der Petitionskommission zugestellt, welche jeweilen für ein Jahr gewählt wird, und diese gab ihren Bericht am 2. März in Mehrheit und Minderheit ein. Während die Minderheit die Petition abweisen wollte, sagte die Mehrheit:

„Unser Antrag geht dahin, es möchte die Eingabe dem kleinen Rath zur näheren Beratung überwiesen werden.“

Die Meinung dieses Antrags ist, es möchte der Versuch gemacht werden, entweder für Taufe und Confirmation eine solche Form zu finden, mit der sich einverstanden erklären kann, wer überhaupt noch auf christlichem Boden steht, oder aber eine solche Freiheit in Handhabung der betreffenden Liturgie einzuführen, daß dabei das Gewissen der sämmtlichen Beteiligten, einschließlich namentlich auch der Geistlichen, gesichert bleibe. Es ist dies ein Versuch, über dessen Gelingen oder Nichtgelingen wir keine bestimmte Ansicht haben. Bei allseitig redlichem Bemühen wollen wir an dem Erfolg einstweilen nicht verzweifeln.“

Neben dieser amtlichen Kundgebung erschien nun die bekannte kräftige Ansprache aller unserer Pfarrer an die Gemeinden, worauf dann die Gegenpetition der 2430 Bürger und Einwohner für Aufrechterhaltung des Bekenntnisses in Umlauf kam. Von der Reformseite wurde unterdessen eine heftige Broschüre vertheilt mit dem Titel: „Fort mit dem Bekenntniszwang“, und später eine Gegenschrift gegen die Ansprache der Pfarrer. Daneben sidmten die Artikel in den Tagesblättern in Hülle und Fülle, und immer deutlicher zeigte sich für Jedermann die rein zerstörende Absicht der Männer des Reformvereins und ihrer Anhänger.

Je mehr diese Absicht hervortrat, um so mehr verbreitete sich die Ansicht, der Große Rath werde eine solche Gesinnung nicht befördern wollen, sondern sie zurückweisen. Der 1. Mai kam und die ordentliche Sitzung des Großen Rathes wurde eröffnet. Zahlreicher als gewöhnlich waren die Großräthe gegenwärtig, überfüllt die allerdings kleine Zuhörertribüne. Von den 134 Großrathsmitgliedern waren 111 anwesend. In Hunderten von Häusern waren Männer und Frauen in gespannter Erwartung mit beitem Herzen. Die Petition der 2430 wurde verlesen und aufgelegt.

Der Berichterstatter der Mehrheit der Petitionskommission, Herr Kriminalgerichtspräsident Thurneysen, gab nun allerdings der Angelegenheit eine neue Wendung. In Folge seiner Auseinandersetzung zeigte es sich, daß nicht Reformen gegen Gläubige den Hauptkampf führen werden, sondern daß eine dritte Gruppe des Großen Rathes, und zwar die zahlreichste, sich bemühte, einen Weg zu finden, der jeglichen Bruch vermeide. Dieser Eindruck theilte sich auch sichtbar den Rednern des Reformvereins mit.

In diese drei Gruppen theilten sich nun auch die Redner ein, deren Gedanken wir zusammenzufassen uns bemühen wollen. Die Redner des Reformvereins (zugleich Unterzeichner der Petition), die Herren Hoffmann-Merian, Dr. Karl Brenner und Dr. Götttsheim, gaben allerhöchstens die Erklärung ab, daß sie ihrer Petition keine andere Tragweite geben wollen, als die Abschaffung der Verpflichtung auf das apostolische Glaubensbekenntnis, und daß sie nicht auf Abschaffung des Bekenntnisses selbst ausgehen. Freilich verfehlten sie dabei nicht, sich dahin zu erklären, daß sie kein supranaturales Glaubensbekenntnis anerkennen, das heißt, daß sie an keine Wunder, an keine übernatürliche Offenbarung Gottes glauben, und daß sie die Größe des Christenthums nur in einige Ideen setzen, wie: Liebe Gott, liebe den Nächsten, strebe nach dem Guten, ein

Christenthum, aus welchem die großartige Wohlthätigkeit unserer Zeit, namentlich während des Krieges, entsprossen sei. Sie fügten bei, daß ja auf die äußerlichen Begebenheiten nichts ankomme, und daß der Geist lebendig mache. Als Beispiel wurde Nikolaus von der Flüe genannt, den wir als Friedensstifter unter den Eidgenossen ehren und lieben, ohne an seine Wunder zu glauben. Neben anerkennenden Worten für unsere Geistlichen wurde der Geist der Zeit betont, der über sie wegschreiten werde, wie er bei uns wegschritten sei über den Junztwang, wie er die Stadtmauern niedergelassen und die Gräben ausgefüllt habe, wie er in der ganzen Welt trotz des Widerstandes der Juristenkunst die Folter abgeschafft habe. Inzwischen war noch wichtiger, als diese allbekannten Aussprüche die Erklärung gegen jegliche Trennung von Staat und Kirche — ja mehr noch, die bestimmte Erklärung, daß man allerdings den Reformverein abweisen könne, daß er aber nie eine besondere Kirche gründen werde, daß er sich aber auch nicht vor die Thüre stellen lasse, sondern sein Recht zum reformirten Christenthum festzuhalten gedente. Eine merkwürdige Zugabe zu dieser Erklärung war die Angabe eines dieser Redner, daß er seine Kinder nicht zur Kinderlehre schide.

Die zweite Gruppe der Redner (Bürgermeister Stehlin, Rathsherr Christ, Professor Hagenbach Vater, Rathsherr Sarasin, Gustav Gengenbach, Dr. Schmidlin, Eduard Bernoulli, Rathsherr W. Vischer, Dr. Vider, Bankdirektor Fröh, Eduard Preiswerk) stimmte für Abweisung der Reform-Petition, theils ohne weiteren Anhang, theils mit dem Auftrage zur Vorlegung einer Kirchenverfassung. Von diesen Männern wurde theilweise die Verechtigung des Großen Rathes in Abrede gestellt, in derartigen Glaubenssachen überhaupt Beschlüsse zu fassen. Die Zustände der Reformationszeit seien total andere geworden. Damals gingen die Bekenntnisse aus der Mitte der Geistlichkeit und des tiefbewegten Volkes aus, — der Staat acceptirte und fixirte sie. Damals hieß es: wo ich wohne, da muß ich dieselbe Religion annehmen, wie die Andern. Jetzt wird bei den Großrathswahlen gar nicht mehr nach Confession und Religion gefragt und wir können jeden Tag Katholiken und Israeliten unter uns sitzen und stimmen sehen. Auch sind wir wohl der einzige Kanton, wo der Große Rath noch Bischofsrecht in Anspruch nimmt — überall sind Kirchenverfassungen. Und bei jeder religiösen Frage, die im Großen Rath aufsteht, ist doch ein Gefühl da: das gebt nicht hierher. Darum beantragten mehrere Redner Abweisung der Petition, bis ein kirchliches Organ geschaffen sein werde. Andere freilich gingen weiter und erklärten, man müsse die Petition um ihres Inhalts willen abweisen, der eben gegen das Christenthum streite. Ohne Rückhalt wurde bekannt: das Glaubensbekenntnis ist uns ein Heiligtum, das, was es in sich faßt, ist der Grund unserer Hoffnung für dieses und das zukünftige Leben, und der Angriff auf dasselbe ein Stich in's Herz, und zwar nicht nur uns Sprechenden, sondern der Mehrheit unserer evangelischen Bevölkerung, wie es die Petition zeigt, eine Petition, wie noch keine ähnlich zahlreich unterschrieben vor uns gelegen hat. Und die Kirchengenossen wollen sich zu diesem Glauben bekennen und lassen sich durch etwas verschiedene Auffassungen einzelner Punkte nicht beirren; — sie sehen vielmehr darin die Heilthatfachen ausgesprochen, wie sie von der ganzen Christenheit der verschiedenen Kirchen anerkannt sind.

Aber es liegt mehr vor uns, als nur diese Reform-Petition. Wir haben ganz sichere Auslegungen derselben, namentlich durch den Theologen unter den Bittstellern und durch eine Reihe von Auslassungen in der Presse. Vor 10 Jahren schon hat dieser Theologe — von dem sich doch der Reformverein nicht lossagen kann — in seinen gedruckten Vorträgen erklärt, daß er an keine Unsterblichkeit glaube, und in seiner neuesten Broschüre bricht er förmlich mit dem Glauben an den persönlichen Gott. Und Aeußerungen Anderer unter den Petenten zeigen, daß sie auf demselben Standpunkt stehen. Bittsteller, die so reden und schreiben, sind sicher nicht mehr in der Lage, ja nicht mehr im Recht, über ein christliches Glaubensbekenntnis zu urtheilen und abzustimmen. Haben sie doch einen jüdischen Rabbi hieher zu Hilfe gerufen. Und wenn sie Sätze der Bergpredigt anföhren, so möchte man fragen, ob sie Ernst damit machen. Aber mehr als das. Es liegt überhaupt kein religiöses, sondern nur ein verneinendes, ja ein zerstörendes Interesse in diesen Bewegungen. Jedemfalls beweisen das viele Vorgänge in unserm Vaterland. In Zürich stehen Kirchen talentvoller moderner Theologen leer, und zu schlichten Evangelisten drängt man sich. Die Siebenhundert, welche in Ulm die bekannte Pfarrwahl trafen und jubelten, sind dem Mann ihrer Wahl nicht in die Predigt gegangen. In Genf haben die Vorsteher der deutsch-reformirten Kirche, nachdem sie zuerst einen gläubigen Mann abgesetzt

\*) Aus dem „Christlichen Volksboten aus Basel.“ Wir theilen diesen Artikel mit, weil er zur Kennzeichnung der Parteien und für die Entwicklungsgeschichte unserer Kirche — ein Zeichen der Zeit ist.

und einen Modernen berufen, endlich den Gottesdienst für überflüssig erklärt und ganz aufgehoben, soweit ihre Macht ging. Was bei uns geschrieben wird, was an andren Orten gethan wurde, beweist die Klugheit, den klaffenden Riß, der nun einmal besteht und sich nicht versöhnen und überbrücken läßt. Der Reformverein — sagte ein Redner — hat offen zu uns geredet; wir müssen ihm auch eine ehrliche Antwort geben und ihm sagen, daß er sich selbst aus der christlichen Kirche ausgeschlossen hat.

Hören wir nun die dritte Gruppe, — die Herren Dr. Thurneysen, Stähelin-Brunner, die Professoren Hagenbach Sohn, und His, Oberst Paravicini und Dr. Eduard Heusler.

Bei diesen Männern tritt vor Allem der dringende Wunsch in den Vordergrund, keine äußerliche Spaltung in die Landeskirche zu bringen. Sie suchen deshalb die Möglichkeit darzutun, daß auch starke Gegensätze darin vereinigt sein können, und daß man daher in der Nachgiebigkeit so weit gehen müsse, als irgend das Gewissen erlaubt. Der Kirche, sagte einer der Redner, im Gegensatz gegen die Art des Auftretens des Reformvereins sind wir Pietät, liebende Ehrerbietung schuldig. In der Erziehung eines Jeden von uns haben Kirche, Schule und Haus zusammengewirkt, und wir haben jedem dieser Elemente viel zu verdanken. Es ist dieses Zusammenwirken etwas so unendlich Wichtiges, daß man es für alle aufrecht erhalten sollte, so lange als nur möglich. Dazu gebietet Pietät, die der Reformverein mißachtet hat. Sein Verfahren kommt mir vor, wie ein Einbruch in's Hausrecht. Ich habe bisher bei manchen in unsern Anständen das Taufgelübde ruhig ablegen können. Jetzt aber, nach dieser Diskussion, und nach der Schrift der Geistlichen, wird es schwerer. Darum stelle ich der Pietät auch die Pflicht der Duldsamkeit gegenüber. Die Landeskirche muß ein weites Herz haben und auch Solche ja nicht austossen, die durch's Leben auf theilweise verschiedene Uebersetzungen von dem gekommen sind, was ihnen die Kirche gelehrt hatte.

Stärker redete ein Anderer: Ich habe schon bei der Confirmation durch mein Ja sagen eine bewußte Lüge gesprochen; sie hat mir viel zu schaffen gemacht, es war Feigheit und Menschenfurcht, und dabei kann ich doch die Freundlichkeit und das Entgegenkommen des Geistlichen nur rühmen. Bei der Taufe habe ich auch Conventenylügen ausgesprochen. Und doch will ich ein Christ bleiben; ob mit Recht, kann nur Gott entscheiden. Aber ich will auch bei der reformirten Kirche bleiben; — ich halte mich zu ihren Gottesdiensten, ich achte ihre Diener hoch, ich erbaue mich an ihren Predigten, wenn ich sie auch gleichsam in meine Sprache überlegen muß. Ich verlange nur Gewissensschutz.

Von einem Redner wurde mit scharfen Worten die Nothwendigkeit hervorgehoben, daß der Staat die Oberhoheit über die Kirche fest in den Händen behalte, und beigelegt, daß eine kirchliche und zu kirchlichen Zwecken gewählte Behörde gar nicht angemessen sei. Denn die kirchliche Leitung vollständig in ihre Hände legen, das ist viel zu bedenklich und ich werde mich auf's Aeußerste dagegen wehren. Und eine solche Behörde, z. B. eine Synode, die nur vorberathen soll, ist ganz überflüssig.

Die Ansichten dieser dritten Gruppe von Rednern bekamen in der Schlussrede des Herrn Präsident Thurneysen, denjenigen Ausdruck, der ohne Zweifel eine Reihe von Großräthen zur Ueberweisung der Petition im oben angegebenen Sinn der Kommission bewog.

Die Aufstellung einer rein kirchlichen Behörde, sagte der Redner, ist auch nach meiner Ansicht wünschbar und nothwendig. Ich habe vor vier Jahren schon für die Aufstellung von Kirchenvorständen gestimmt, welche aber damals durch ein Zusammengeben der verschiedensten Ansichten verworfen wurden. Das kann bei Vorlage eines gesammten Kirchengesetzes wieder geschehen. Wir können mit dem Entschluß über die jetzt vorliegende Frage nicht auf eine neue Behörde warten (wie ein Redner ange tragen hatte), wir können uns den Entschluß nicht vom Halse schaffen, wir müssen ihn über uns nehmen.

Man hat die Tendenzen des Reformvereins auf ihre Consequenzen verfolgt. Aber wir müssen uns an sein Begehren um Abschaffung der Verpflichtung (nicht Abschaffen des Glaubensbekenntnisses) halten. Und dies Begehren ist eben doch auch vielen nicht reformfreundlichen Kirchengenossen im Herzen gewesen. Es ist dabei bestimmt anzuerkennen, daß eine Kirche feste Grundsätze haben und festhalten muß. Alles in einer Kirche zu vereinigen, ist eine grausame Illusion und würde rein zerstörend wirken. Die Kirche muß eine von christlichen Gedanken getragene sein. Dem Allem haben wir wohl in's Auge gefaßt, und uns am Ende gesagt, daß man noch Gemeinsames finden könne. Das Verhältnis des Menschen zu Gott bleibt immer ein Mysterium (Geheimniß). Wir dürfen einseitig die Landeskirche nicht um jeden Preis halten, aber ebenso wenig zu früh an Trennung denken. Es ist wahr, das ist eine unerquickliche Uebergangszeit. Ich glaube übrigens, daß, wenn auch bei uns ein sogenannter moderner Pfarrer gewählt würde, auch dann die Trennung nicht angezeigt wäre; man würde seine Wirksamkeit zuerst buirtbeilen wollen. Der Herr der Kirche, Gott, kann auch das einsehen, was uns unvereinbar vorkommt. Irre ich, so ist's immer Zeit genug, auf Trennung auszugehen, und schlimm wäre, es zu früh zu thun.

Die Abstimmung gab also folgendes Resultat: Für einfache Abweisung der Reform-Petition stimmten 28, dagegen 83.

Für Abweisung bis zur Bestellung einer angemessenen Kirchenbehörde stimmten 48, für Ueberweisung im Eingang genannten Sinn der Petitionskommission 63.

Der Kleine Rath hat hierauf am 3. Mai die Angelegenheit dem Kirchenrath zur Berichterstattung überwiesen, und den Antrag beigelegt, auch über eine Kirchenverfassung zu berichten.

Nun noch ein kurzes Wort über die verschiedenen Rednergruppen, die wir nach bestem Wissen skizzirt haben.

Die Männer des Reformvereins geben ihren Weg. Ihre Reden haben uns nur in der Uebersetzung benützt, daß sie nicht auf's Bauen, sondern auf's Zerstreuen ausgehen, mit andern Worten, sie haben kaum religiöse Interessen, sondern nur bürgerliche und politische. Sie wollen

äußerlich reformirte Christen bleiben, wenn sie sich gleich innerlich von dem Glauben losgesagt haben, den die reformirte Kirche, ja die gesammte christliche Kirche, von jeher bekannete.

Wir können bei dieser Sachlage nicht mit ihnen verhandeln, — wir können nur unsern Glauben bekennen, und von Herzen wünschen, daß Leben und Erfahrung sie eines Bessern belehren mögen.

Die Männer der Mitte, deren Standpunkt wir theilweise wenigstens verstehen können, haben in ihren Schlüssen sicherlich einen Punkt außer Acht gelassen, über den im Großen Rath nicht gut debattiren war. Sie wollen die Ehre der Landeskirche weit offen erhalten, ja noch weiter als bisher öffnen. Sie wollen die Gewissen derer erleichtern, die sie selber noch als in der Entwicklung stehend schildern. Aber sie lassen die Gewissen der entschieden Gläubigen außer Acht. Sie haben wenigstens nicht davon gesprochen, scheinen auch nicht daran gedacht zu haben, daß jeder Schritt, womit die Landeskirche nach Links weicht, daß jede Abschwächung der Glaubenswahrheiten und kirchlichen Handlungen, eine Anzahl gläubiger Leute entfremdet, ja zu dissentirenden Gemeinschaften treibt. — Eine Wendung mehr nach links aber müßte dann Trennung herbeiführen, die ganz anders in die bürgerlichen und Familienverhältnisse einschneiden würden, als wenn der Staat zu einer förmlichen und friedlichen Auseinandersetzung zwischen Gläubigen und Modernen die Hand böte. Wer dem äußerlichen Frieden, auch dem äußerlichen Familienfrieden, die Heilswahrheiten irgentwie zum Opfer bringen will, der wird gerade das Gegenheil dessen erleben müssen, was er anstrebt.

Den Männern endlich, welche als Geistliche sich ausgesprochen haben, denen, welche im Großen Rath für den Glauben eingestanden sind, oder welche freudig die Petition für das Glaubensbekenntnis unterschrieben haben, möchten wir zurufen: Ihr habt keine moralische Niederlage erlitten, euer Reden und Thun ist nicht vergeblich gewesen; — denn nicht nur hat sich bei diesem Anlaß ein großer — ja der mehrere Theil der Bevölkerung fest zusammengeschlossen an die Säulen der Heilswahrheit, sondern euer Auftreten hat wenigstens so viel erreicht, daß nicht die eigentlichen Absichten der Reformirten durchgegangen sind, sondern daß eine Vermittlung suchende Richtung einen Vortheil erlangt hat. Mit beharrlicher Treue, und namentlich durch ein Leben, das eures Glaubens würdig ist, werdet ihr auch am bösen Tag fest stehen und das Feld behalten können.

### Correspondenzen.

Aus Baden. 10. Mai. Am preussischen Vostage, den 4. Mai, fand in Berlin eine Versammlung des „Vereins für die Freiheit der Schule“ statt. Ein Lehrer, wohl ein deutsch-katholischer, (?) Namens A. Petisch, hielt einen Vortrag über Reform des Religionsunterrichts. Es handelte sich um die Frage: „Ist ein confessionelloser Religionsunterricht denkbar? Ist er für die Volksschule wünschenswerth oder ist er derselben verderblich?“ Der Lehrer Sach und andere Radikale verkochten die letztere Meinung. „Was ist religiöses Leben, was religiöses Gefühl?“ fragte Sach. Etwa was der preussische Kultusminister dafür ausgibt?“ Der Glaube an die Unsterblichkeit werde von Vielen verworfen, die Gottesidee verliere täglich mehr Anhänger, wie wolle man da die Grundidee einer allgemeinen Religion aufstellen? Der Verein möge also getrost dahin beschließen, daß „der nicht nur unnütze, sondern für die Entwicklung der Denkfähigkeit sogar außerordentlich schädliche Religionsunterricht aus der Schule ganz verbannt werde.“ Der Sprecher der freien Gemeinde, Schäfer und dessen Gesinnungsgenossen wollten zwar auch den jetzigen Religionsunterricht ausgeschlossen wissen, dagegen eine Morallehre oder etwas dem Aehnliches an seine Stelle gesetzt sehen. „Die Landesgesetze verlangen nun einmal für die Volksschule den Religionsunterricht; nun gut, so behalte man den Namen bei und setze für das Wesen ein anderes, statt Religionslehre gebe der Unterrichtende Philosophie, und bezichtige man ein solches Verfahren der Heuchelei, so könne man dies um der guten Sache willen schon ertragen, wie es die freireligiösen Gemeinden auch erdulden müssen, ehe sie geduldet wurden.“

Das nennen die Herren Morallehre — und schimpfen dabei noch auf Jesuiten! Was aber die „freien“ Geister in Berlin offen sagen, das denken bei uns Viele und handeln darnach.

Aus Baden. 15. Mai. Das Treiben der Protestantenvereine, diese widerliche Verquickung des politischen und kirchlichen Liberalismus mit französischer Pörsajenmacherei muß die Aufmerksamkeit der kirchlich und conservativ Gesinnten in Staat und Kirche immer mehr auf sich ziehen, namentlich in unserer Zeit, da unser Volk in einem geistigen, sittlich-religiösen und politischen Aufschwung sich befindet, der durch dieses Wühlen verflümmert oder vergiftet werden kann. Wir sehen daher auch, wie die Wächter auf der Zinne mit heller Stimme das „wacht auf!“ unterm Volke zurufen und wir wünschen, daß es noch mehr geschehen möge. Die „Gnadauer“ Frühjahrsversammlung, welche am 18. und 19. April tagte, hat zu ihrem Hauptgegenstand die „Stellung der Kirche zu den Protestantenvereinen“ gehabt. „Das hohle Phrasengeklänge und die widerwärtige Falschmünzerei, welche diese Leute mit dem Worte Gottes treiben, sowie die gummiartige Dehnbarkeit ihres sogenannten Christenthums wobei, während Baumgarten zwar noch eine einseitige Berechtigung zuerkannt wird, der materialistische Zug der Vereine allein kirchlich thätig und handelnd auftritt, sollten das Kirchenregiment in der That veranlassen, nicht bloß mit Worten davon zu zeugen, sondern diesen Worten nun auch Thaten folgen zu lassen und vor allen Dingen darauf zu halten, daß Diener der Kirche aus diesen Vereinen austreten oder ihre Stellung in der Kirche aufgeben müssen.“ So wurde denn auch gegen die Anstellung Hanne's in Kolberg protestirt; bekanntlich hat auch das Pommerische Consistorium die Wahl Hanne's nicht genehmigt. — Dasselbe Thema: „Unsere Stellung zum Protestantenverein“ behandelte auch Pfr. Gajelmann von Ansbach auf der zweiten Allgem. Pastoralconferenz der evang. luth. Geistlichen in Bayern, die am 9. und 10. Mai sich in

Erlangen versammelte, worin er zu zeigen suchte, wie der „deutsche Prote-  
stantenverein“ mit seinen Bestrebungen und eine ernste Mahnung sei, zu  
behalten, was wir haben, aber auch zu wachsen an allen Stücken an dem,  
der das Haupt ist, Christus.

Vom Rhein. 15. Mai. Die Vermuthung, daß im oberkirchen-  
rätlichen Bescheid auf die Diöcesansynoden das Verlangen der Mann-  
heim Heidelberger Diöcesansynode nach „besseren gesetzlichen Garantien  
für die Lehrfreiheit“ mit den Worten abgewiesen worden ist: „Daß die  
Generalsynode den berührten Gegenstand auf die der Natur der Sache  
angemessene Weise definitiv erledigt hat“, hat sich durch die Verichtigung  
im neuesten Verordnungsblatt bestätigt. Das Südd. Wochenblatt in  
Nr. 20 stellt trotzdem — im Hinblick auf die Maßregeln gegen Schröder  
in Nassau und Hanne in Kolberg — einen Kampf für Erringung ar-  
beterer gesetzlicher Garantien in Aussicht, indem „für die badische  
Landeskirche es kaum eine höhere Pflicht gibt, als dieses Gut der Lehr-  
freiheit durchaus gesetzlich sicher zu stellen“, daß, „mag in Baden in  
beliebiger Zukunft eine Kirchenbehörde bestehen, welche da will, solche  
Fälle unmöglich sind, wie der Fall Schröder in Nassau und Hanne in  
Pommern.“ Der Artikel schlägt einen obersten Gerichtshof vor, welcher  
die Fragen, welche die Lehrfreiheit betreffen, wie auch andere wichtiger  
Art zu entscheiden hätte. — Man sieht, die Herren vom Protestanten-  
verein spüren, daß ihre Zeit kurz ist, und aus Feigheit wollen sie sich  
selber sicher stellen und eine freie Entwicklung nach der gläubigen Seite  
in echt liberaler Weise von vorneherein ersticken und unmöglich machen.  
Die christlich gesinnten Glieder der Kirche werden aber auch auf ihrem  
Posten stehen, wachen und beten!

Aus dem Kreise Lörrach. 1. Mai. Die Ernennungen der Orts-  
schulrathspräsidenten in diesem Jahr erfolgten in unserem Kreis  
nach einem neuen Grundsatz. Es werden nämlich durchgängig in den  
Filialgemeinden nicht mehr wie bisher die Pfarrer der Muttergemeinden  
dazu ernannt, sondern die Bürgermeister. Der Pfarrer erfährt diese Er-  
nennungen immer nur zufällig aus Schreiben des Ortschulrathes seines  
Filiats, worin derselbe seine Unschuld in dieser Veränterung betheuert  
und dringend bittet, doch deswegen sich von der Schule nicht zurückzu-  
ziehen. Es läßt sich — wenn auch gegen die bisherigen Versicherungen  
— doch nach dem Schulgesetz gegen diesen Grundsatz nichts einwenden  
und Mancher muß jetzt schon ernten, was er mitausgesäen half. Er sieht  
sich bei Seite gesetzt, weil er ein Pfarrer ist, obwohl er dem herrschen-  
den Zeitgeist huldigt. Auffallend ist aber das, daß der Kreisulrath,  
der doch selber protestantischer Theologe ist und später wieder in den  
Dienst der Kirche zurücktritt, diesen Grundsatz in Verbindung mit dem  
Bezirksamt aufgestellt hat, der bald auf die Muttergemeinden ausgelehnt  
werden wird. Dem auf Interpellation über diese Ernennungen erfolgte  
die Antwort: 1) die Kirche soll die Schule nicht als ihre  
Domäne betrachten; 2) die Pfarrer können sich in die  
bureaufkräftigen Schreibereien des Schulgesetzes nicht  
finden. Das heißt: Man kann in der Schule nicht machen, was man  
will, so lange die Pfarrer darinnen sind, also fort mit ihnen! Mit den  
Lehrern und Bürgermeistern wird man schon fertig. Man wende nicht  
ein, die Pfarrer bleiben ja doch Mitglieder des Ortschulrathes, denn als  
solche wird ihnen besonders in den Filiatschulen nur mitgetheilt, was  
man für gut findet und wenn man sie braucht; von Vielen erhalten sie  
aber gar keine Kenntniß und werden nicht die Schreiber der Bürgermeister  
werden wollen. Wie die böse Welt sagt, hat ein Kreisulrath mit  
einem Pfarrer einen steinen Stoß gebot und nun werden Alle bei Seite  
geschoben und man steuert immer mehr dahin, die Kirche ganz aus dem  
Einfluß auf die Schule hinaus zu drängen. Manche Lehrer fangen an,  
über den Bureaufkräftismus, der sich in die Schule und Schulleitung ein-  
nistet, zu seufzen und sehnen sich zurück unter das mildere Regiment des  
Oberkirchenrathes und der Delane, deren Wirksamkeit in der Schule trotz  
des bisherigen liberalen Geschreies nach und nach bessere Beurteilung  
erfährt. Man ließ die Lehrer auch mehr Freiheit nach ihrer Persön-  
lichkeit in der Schule zu wirken und beurtheilte sie nach den ihnen ver-  
liebten Gaben: während jetzt bei den in das Einzelne gehenden Ver-  
ordnungen und bei den sehr ausgedehnten Visiraturreisen dem Lehrer  
Alles vorgeschrieben ist und Jeder nach den aufgestellten Schablonen be-  
handelt wird.

Württemberg. Einen schmerzlichen Eindruck bringt das Verhalten  
des Bischofs Hefele hervor. Auf ihn, als einen deutschen Ehrenmann,  
setzte die christgläubige Richtung unter den Katholiken, die mit dem Trei-  
ben der Jesuiten nicht einverstanden sind, ihre Hoffnung, daß er als Cha-  
rakter sich bewähren werde. Statt dessen veröffentlichte er die Konzilsbe-  
schlüsse als verbindlich, suchte durch mildernde Erklärungen abzuschwächen  
und versicherte, daß man um der Einheit der Kirche willen persönliche  
Opfer bringen müsse. Zur Strafe für sein Verhalten wird er von dem  
päpstlichen Nuntius in München überaus schmeichelhaft belobt. Derselbe  
schreibt an ihn: „Mit innigster Herzensfreude habe ich das unter dem  
23. v. M. (April) an mich gerichtete Schreiben Deiner Hochwürden und  
den beigeflossenen Hirtenbrief empfangen, durch welchen Du dem ge-  
samten Alerus Deiner Diöcese die romanische Constitution des vati-  
kanischen Konzils (der III. und IV. Sitzung) zur Kenntniß gebracht und  
mitgetheilt hast. Indem ich Dir für diese Freundlichkeit meinen tiefsten  
Dank sage, gereicht es mir zu besonderem Vergnügen, Dich zu benach-  
richtigen, daß ich dem heiligen Stuhl Deine Hirtenbrief bereits zur Ein-  
sicht vorgelegt habe in der zuversichtlichen Hoffnung, der allerheiligste  
Vater werde in den ihn bedrängenden schweren Kümernissen aus der  
Ersung desselben reichen Trost schöpfen. Ich spreche Dir zugleich meine  
Freude darüber aus, daß durch Deiner Hochwürden Klugheit und  
Mäßigung die Mottenburger Diöcese sich von Aufregungen und Kämpfen  
frei erhalten hat, während in andern Provinzen Deutschlands durch das  
schimpfliche Erlauben einiger Katholiken die Eintracht der Katholiken ge-  
stört und der christlichen Sache ein unabwehrbarer Schaden zugefügt wor-  
den ist u. s. w. Petrus Franziskus, Erzbischof zu Damaskus, aposto-

lischer Nuntius.“ — Dagegen hat der bekannte katholische Professor  
Michelis von Braunsberg einen offenen Brief (in der A. Allgem. Ztg.)  
an Hefele gerichtet, worin er ihm vorhält, daß äußere Einheit nicht um  
jeden Preis, vollends nicht um den der Wahrheit erkaufte werden dürfe,  
und schließt: „Möge, Hochw. Bischof, der Schritt, den Sie gethan haben,  
nicht der erste Schritt auf der abschüssigen Bahn sein zu den grausamen  
Consequenzen, die über einen Bischof kommen, der sich gegen seine eigene  
Ueberzeugung zum Werkzeug der mit der Illusion der äußeren Einheit  
operirenden Partei gemacht hat. Ihnen hätte ich ein besseres Loos ge-  
wünscht.“ — Wenn die Bewegung in der katholischen Kirche nach Italien  
sich zieht und da scheinbar erstickt wird, so wird die traurige Folge der  
vielen geklärten Ueberzeugungen und Gewissen eine weitgehende religiöse  
Demoralisation und Zerfägung in Unglauben sein, welche Hand in Hand  
mit der andererseits sich steigenden Bigotterie unser katholisches Volk  
verdirbt.

### Kirchliche Nachrichten.

Heidelberg. Der Protestantentag wird nun doch nicht in der  
Pfinzwoche in Darmstadt gehalten, angeblich weil die bessißen Truppen  
noch nicht zu Hause sind und deshalb die Bevölkerung nicht für „größere  
Festlichkeiten“ gestimmt ist. Es ist charakteristisch, daß diese Protestanten-  
tage durchaus mit Spektakelmachen verbunden sein müssen! — Um aber  
doch Hergensergänzungen oder Demonstrationen in Scene setzen und zeigen  
zu können, daß man noch da ist, hat der Vorstand des Protestantentag-  
vereins auf den 31. Mai eine Abgeordnetenversammlung, der aber jedes  
Mitglied anwohnen kann, nach Wiesbaden ausgeschrieben, um namentlich  
gegen die Absetzung des Nassauers Schröder und gegen die Nichtbestäti-  
gung Hannes in Kolberg sich auszusprechen. Schenkel wird den Haupt-  
vortrag halten.

Sachsen. Die Landessynode ist am 9. Mai eröffnet worden,  
— die beste Antwort auf das Verlangen der Protestantenvereiner in  
Baden, die Generalsynode als unzeitgemäß auf das Jahr 1872 zu ver-  
schieben! Es werden wichtige Fragen verhandelt werden, über die Stel-  
lung der Kirche zum Staat, Errichtung eines luth. Oberconsistoriums,  
über Aenderung des Religionsbundes, über das Patronat, über die Stellung  
der Kirche zur Schule u. s. w. Die Wahlen sind so ausgefallen, daß  
diese Fragen in positiv-christlichem Sinn gelöst werden dürften. Als Vor-  
sitzender wurde Dr. Gerber, Geh. Rath und Professor von Leipzig,  
erwählt und zwar mit 36 gegen 25 Stimmen. Bei der Eröffnung hat  
Kultusminister Febr. v. Falkenstein besonders den Geist der Freiheit und  
der Liebe betont. — In der ersten Sitzung am 10. Mai ordnete der  
Präsident an, daß jede Sitzung mit einem Vaterunser eröffnet werde.

München. Pater Hyacinth beglückwünscht Dr. Böllinger von  
Rom aus, daß er um seines Auftretens willen excommunicirt worden ist.  
„Für und durch die Kirche zu leiden, während man gleichwohl in der  
Kirche verbleibt, ist das grausamste aller Martyrien, aber auch das straf-  
wendigste und fruchtbringendste.“ Er nennt die Verfechter der Unfehlbarkeit  
des Papstes (die Jesuiten) geradezu eine Sekte, „deren nur zu lange  
geschonte und stets wachsende Verwegenheit endlich so weit gediehen ist,  
die Einsegnung eines neuen Katholizismus zu versuchen.“ Das Schisma  
sei vorhanden, gerade durch das Konzil, welches die Einheit geben sollte.  
„Darum scheint mir auch die Zeit der Worte vorüber und jene der  
Thaten gekommen zu sein!“ — Wenn das nur nicht auch bloße Worte sind!

Bamberg. Während die Erklärung der Unfehlbarkeit des Papstes  
viele Katholiken dem jetzigen römischen Treiben der Jesuiten entfremdet,  
hat sich hier das Wertwürdige zugetragen, daß am Ostermontage Frei-  
herr von Aufsess, ein Sohn des bekannten Aufsess katholisch geworden  
ist, und das katholische „Pastoralblatt“ gibt als Grund an: „Die Er-  
klärung der Unfehlbarkeit des Papstes brachte den länger gebögten Ent-  
schluß in ihm zur raschen Reife, der Kirche sich anzuschließen, in welcher  
es ein klares, unzweifelhaft göttliches Organ der Wahrheit gibt.“

Baderborn. Am 25. April wurde die neue evangelische Abdinghof-  
kirche eingeweiht. An 100 Geistliche folgten in dem Zuge. Generals-  
superintendent Dr. Wiesmann hielt die Weiherede. Der Kaiser sandte  
folgendes Telegramm: „Zu dem endlich erreichten Ziele, die Abdinghof-  
kirche zu einer evangelischen herzustellen, sende ich meinen herzlichsten  
Glückwunsch. Möge Gottes Segen nun und immerdar auf der Kirche  
ruhen. Wilhelm.“ Die Kirche ist sehr schön auf den Grundmauern der  
schon 1031 von Bischof Meinwerk eingeweihten Abdinghofkirche in streng-  
romanischem Rundbogenstil erbaut.

Paris. Ueber die Zustände unter der communistischen Herrschaft  
schreibt ein Correspondent der Kreuzzeitung vom 5. Mai: „Das Ab-  
schrecklichste unter der Masse von Abscheulichkeiten hier sind aber doch die  
Weiber der Commune: ich werde mich hüten, sie zu schildern, es ist un-  
möglich ohne Hölle-Brennens Pinsel. An jedem Abend halten diese  
Weiber in sieben Clubs öffentliche Sitzungen, und diese Sitzungen werden  
alle in Kirchen gehalten; geistig und äußerlich Alles in Schmutz er-  
trunken. Uebrigens sind alle Kirchen consecrirt, — wie die Commune  
sich ausdrückt. Nämlich die katholischen, denn wenigstens heute Morgen  
noch war der Tempel in der Rue des Billetes (die protestantischen Kir-  
chen in Paris werden Tempel genannt) nicht angetastet. Die Commune  
hat wohl Respekt vor „der Kirche des Königs von Preußen?“ Diese  
würdigen Republikaner sind nämlich voll zarterster Höflichkeit gegen die  
Preußen.“ Eine andere Correspondenz meldet von diesen Clubs in den  
Kirchen: „Die Orgel spielte bei Eröffnung und beim Schluß der Mar-  
seillaise und den Chant de Depart. Die Kanzel, welche als Rednerbühne  
diente, war mit einer rothen Fahne geschmückt.“

### Politische Rundschau.

Ganz unerwartet ist der definitive Friede mit Frankreich, den die französischen Unterhändler in Brüssel augenscheinlich zu verzögern suchten, nunmehr in Frankfurt abgeschlossen worden. Man darf annehmen, daß Fürst Bismarck die Herren Thiers und Gen. in Versailles hat wissen lassen, unsere Geduld sei am Ende, und wir würden Paris nehmen, entweder durch Vertrag mit der Commune, oder durch Gewalt, um daselbst als Pfand für die Friedensbedingungen besetzt zu halten, während alle französische Truppen sich bedingungsgemäß hinter die Loire zurückziehen hätten. Das hat denn gezogen, und die Herren Jules Favre und Pouyer Quertier sind unverweilt nach Frankfurt gekommen, wo Fürst Bismarck selbst mit ihnen conferirte, so daß in zwei Tagen alles abgemacht war. Die Versäiler bezahlen 1/2 Milliarde 30 Tage nach der Einnahme von Paris, 1 1/2 Milliarde in kürzern Fristen, und 3 Milliarden längstens in drei Jahren; dagegen gibt man ihnen sogleich eine größere Anzahl von ihren Gefangenen frei, damit sie Paris schneller nehmen, und auch ihre Colonie Algier behaupten können, wo der Zustand der Eingeborenen außerordentlich um sich gegriffen hat. Die jetzt von uns besetzten Forts bei Paris bleiben besetzt, bis die ersten 2 Milliarden bezahlt sind und die Eisenbahnen in Elsas-Lothringen werden gegen Entschädigung an uns abgetreten, damit gar keine französische Verwaltung in diesen nunmehr deutschen Provinzen etwas zu schaffen hat. Der also abgeschlossene Friede bedarf noch der Ratifikation des deutschen Kaisers und der französischen Nationalversammlung, allein dieselbe wird nicht ausbleiben, und so gibt man sich denn bei uns mit großer Befriedigung der Aussicht hin, daß mit Nächstem der beträchtlichste Theil unserer Truppen die langentbehrte Heimath wiedersehen darf.

Bei Paris ist bisher zwischen den beiden, um die Herrschaft streitenden Parteien, noch immer ein langsamer Krieg gewesen, obgleich er täglich viele Opfer an Menschenleben und Wohnstätten kostete, die erbarmungslos von beiden Seiten in den Grund geschossen wurden. Erst jetzt glaubt man zu erkennen, daß die Versäiler dem Siege näher stehen, denn sie haben die Forts Issy und Vanvres genommen, und sind in einer beträchtlichen Ausdehnung der Ringmauer nahe gekommen, in welche schon häufige Brechen geschossen sind. Es hat auch Aussicht, daß ihnen innere Vorgänge zu Hülfe kommen, denn die Empörer, an deren Spitze jetzt nach dem Muster von 1793 ein Wohlfahrtsausschuß steht, sind höchst uneinig unter sich, so daß fast kein Tag vergeht, an welchem nicht die Einen, die gerade oben sind, welche von den Andern enterben lassen, unter dem Vorgeben, daß sie mit Feinden der Republik im Einverständnis seien. Neuerdings wollen sie die Entdeckung gemacht haben, daß in Paris eine weitverbreitete Verschwörung zum Sturze der Commune bestehe, und es dient ihnen dieses zum Vorwand weiterer Grausamkeiten, so daß bis in's Innerste der Wohnungen kein Mensch mehr vor Ueberfällen sicher ist; immerhin aber mag insofern etwas an der Sache sein, daß viele Einwohner der Stadt auf den Augenblick warten, wo die Versäiler siegreich eindringen, um ihrerseits loszubrechen gegen die Schwärmer, welche nach überhandnehmendem Ungemach durch die Belagerung nochmals so großes Unglück über sie gebracht haben.

Der Reichstag in Berlin hat angefangen, das Gesetz für den Unterhalt der Invaliden und der Angehörigen von Gefallenen zu beraten, bei welcher Gelegenheit sich von allen Seiten die äußerste Bereitwilligkeit gezeigt hat, vor keinem Opfer zurückzuschrecken bei Erfüllung der Pflicht der Dankbarkeit gegen die tapfern Söhne des Vaterlandes, welche mit ihrer todesmuthigen Hingebung alle Greuel des Krieges so erfolgreich von den heimathlichen Gauen abgewandt haben. Die nächste wichtige Vorlage wird das Gesetz für die künftige Gestaltung von Elsas-Lothringen sein, welches gegenwärtig von einer Commission vorberathen, und ohne Zweifel in der von der kaiserlichen Regierung und dem Bundesrath vorgeschlagenen Fassung angenommen werden wird.

In Oesterreich sind die Aussichten für eine allseits genehmigte Gestaltung der innern Verhältnisse seit dem Amtsantritt des Ministeriums Hohenwart noch nicht größer geworden; denn auch dieses stößt mit seinem Plan der Verleihung größerer Autonomie an die Einzellandtage auf entschiedene Opposition, welche im Reichsrathe dessen bezügliche Vorlage schon zum Falle gebracht hat. Gemeinlich scheint man zwar für die von ihm beabsichtigten Concessionen an die polnische Nationalität, obgleich dieselbe die deutschen Einwohner in Galizien bedeutend schwächt; allein die Minister haben sogleich dadurch wieder großen Anstoß gegeben, daß sie sich auf Anfrage bereit erklärten, auch andern Nationalitäten des Gesamtreichs ähnliche Concessionen zu machen, und noch dazu sind die Czechen in Böhmen nicht einmal mit solchen zufrieden, sondern verlangen ganz die nämliche Selbstständigkeit, wie sie den Ungarn gewährt worden ist.

Der noch nicht beendete Streit zwischen England und Nordamerika wegen des erstern Verhalten während der Rebellion der Südstaaten, den man auch die Alabama-Angelegenheit nennt, soll nun geschlichtet werden durch von beiden Seiten ernannte Schiedsgerichte, und es hat alle Aussicht, daß man mit Beseitigung dieser Sache ein Ende machen wird, welche schon lange die theilhaftigen Länder aus Furcht vor einem möglichen Kriege in Spannung erhält.

### Allerlei.

(Zwischen Turco und Turco) ist ein Unterschied. Ein Missionar, welcher aus Algier herübergekommen, in Norddeutschland unter den ihm von drüben her wohlbekannten Turcos wirkt und sie sehr empfänglich für religiösen Zuspruch gefunden hat, wundert sich über den Schrecken und Abscheu, der sich bei uns an diesen Namen knüpft, da die Turcos sonst sehr milder und hingebender Natur seien und sich, obwohl Muselmänner, vor der übrigen afrikanischen Bevölkerung auszeichnen. (Im

Basler Missionsmagazin wird nachgewiesen, daß ein Theil der Turcos von alten afrikanischen Christen abstammen.) Der böse Ruf, in dem sie unter uns stehen, sei jedoch insoweit gerechtfertigt, als man diese muselmännischen Truppen seitens der französischen Regierung dadurch vervollständigt und verstärkt hatte, daß man die Bewohner der zahlreich bevölkerten Zuchthäuser in die Reihen dieser Turcos einstellte! Wieder ein Zeugniß für die an der Spitze der Civilisation marschirende Nation! Der Eindruck, den manche in unseren Lazarethen befindlichen Turcos gemacht haben, stimmt durchaus mit dem Ausspruch des Missionars zusammen.

Redigirt unter Verantwortlichkeit von Friedrich Gutsch.

### Anzeige.

Mittwoch den 24. Mai Sitzung für äußere Mission Nachmittags 2 Uhr. Versammlungssaal Haus Rein.

Die Direction

Missionsfest Pfingstmontag Nachmittags 1/2 2 Uhr in Brägingen.

### Einladung.

Zu dem Bezirksmissionsfest der Landdiöcese Karlsruhe am Pfingstmontag Nachmittags 2 Uhr in Blankenloch ladet herzlich ein Der Vorstand.

### Einladung.

Der Durlacher Bezirksverein für äußere Mission gedenkt

Mittwoch den 24. Mai, Nachmittags 1 1/2 Uhr

seine Jahresfeier in Werabausen zu begehen. Die Herren Geistlichen des Bezirks werden ersucht, diese Einladung am Sonntag vorher ihren Gemeinden mitzutheilen. Die Missionsbeiträge wollen, so weit dies noch nicht geschehen, vorher an Fr. Mühlhäuber in Bilsdingen eingesandt werden.

### Festanzeige.

Unser Jahresfest wollen wir, so Gott will, Mittwoch den 31. Mai (Nachmittags 1 Uhr beginnend) feiern, wozu wir alle lieben Freunde des Hauses herzlich einladen.

Dinglingen, den 2. Mai 1871.

Im Namen des Vorstandes:  
Hans Zingado, Hausvater.

### Liederkunde

für die badischen evang. Volksschulen von G. Specht, Pfarrer in Springen. Im Format der bibl. Geschichte, 36 Seiten. Zu Umschlag gebunden: 9 kr. (einen Einblendung von 10 kr. in Marlen wird 1 Expl. frei zugesandt.) 25 Expl. 2 fl. 30 kr., 50 Expl. 4 fl. 20 kr., 100 Expl. 7 fl. 30 kr.

Das Buchlein eignet sich auch als Lesebuch in Schule und Haus. Bestellungen sind an Pfarrer Specht in Springen oder an Friedrich Gutsch in Karlsruhe gegen Baarzahlung zu richten.

### Aufforderung.

Nach der nunmehrigen Beendigung des Krieges wende ich mich an bis dahin durch ihre militärischen Pflichten vielfach behindert gewesene junge Männer, die Willens und im Stande sind, in die von mir geleiteten Brüderanstalten des Rauhen Hauses bei Hamburg und des Evangel. Johannesstiftes bei Berlin als Brüder einzutreten.

Diesjenigen, welche sich auf diese Aufforderung hin melden wollen, müssen die christliche Gesinnung der Anstalten theilen; sie müssen gute Zeugnisse über ihren Lebenswandel beibringen, in dem geforderten Lebensalter zwischen 20 und 29 Jahren stehen, geistig und körperlich gesund sein und einen bestimmten Beruf, der sie selbstständig ernähren kann, als Lehrer, Kaufleute, Handwerker, Landleute u. s. w. erlernt haben. Auch haben sie die Einwilligung der Eltern zu dem neuen Berufe und überdies nachzuweisen, daß keine anderweitige Verpflichtung, z. B. gegen zu versorgende Eltern und Verwandte, oder gegen eine Braut sie behindert.

Diesjenigen, welche berufen werden, treten zunächst als Gehälfen in die mit jenen Brüderanstalten verbundenen Erziehungsanstalten ein; als solche aber erhalten sie unentgeltlich einen mehrjährigen, ausüblichen, theoretischen und praktischen Unterricht, um dadurch die Vorbereitung zu erlangen, künftig als Hausvater oder Lehrer in Erziehungs-, z. B. Rettungs- und Waisen-Anstalten, als Stadtmisionare, als Herbergväter in Herbergen zur Heimath, zum Dienst unter Armen, Gefangenen, Auswanderern u. s. w. wieder entlassen werden zu können.

Diesjenigen jungen Männer, welche die dazu nöthige, vorbereitende Schulbildung, namentlich in alten Sprachen mitbringen, also etwaige bisherige Gymnasialstellen, können in dem mit dem Johannesstift verbundenen Profeminar (gen. Sternenhäuser) eine Vorbildung erhalten, um später als Colonistenprediger in den deutschen Gemeinden in Nordamerika abzugehen.

Ich wende mich hiermit an diejenigen jungen Männer, die Freudigkeit haben in derartige Dienste zur unmittelbaren Förderung des Reiches Gottes einzutreten. Zugleich aber richte ich meine Bitte an Solche, die das Auffinden solcher Jünglinge unterstützen können. Ich bitte deswegen die Herren Geistlichen und Lehrer, die Vorsteher von Jünglingsvereinen und sonstigen Gesellschaften um Empfehlung der Angelegenheit und Verbreitung der Aufforderung in ihren Gemeinden, oder den ihnen sonst zugänglichen Kreisen, bezugleich ersuche ich Herausgeber von Blättern zur weiterer Veröffentlichung dieses Aufrufes.

Es kann sofort eine große Zahl solcher Jünglinge in den genannten Anstalten Aufnahme finden, denn auch diese Grube ist groß und der Arbeiter, namentlich der tüchtigen, sind wenig, leider sehr wenig! Wer geeignet ist, soll von Herzen willkommen sein. Allen, die sich unter einer der unten angegebenen Adressen an mich wenden, werde ich alle gewünschte nähere Auskunft erteilen.

Nachdem der Krieg mit dem äußeren Feinde unter Gottes Führung glücklich beendet ist, müssen im neuen deutschen Reiche in Gottes Namen doppelt rüstig die Hände wieder an die Förderung der Werke des Friedens gelegt werden, um die zahlreich vorhandenen und sehr thätigen Feinde im Herzen unseres Volkes zu bekämpfen und Gottes Reich freudig unter uns zu bauen und auch ihm zum Siege zu helfen.

Bleibe keiner zurück, der die Stimme des Gottes kennt, der die Seinen zum heiligen Kampfe ruft, um immer mehr die Herzen Derer, die unter uns ihn noch nicht kennen, für Ihn und Sein Königreich zu gewinnen.

Adr.: Rauhes Haus zu Horn bei Hamburg.  
oder: Potsdamerstr. 11a. in Berlin.

Dr. Widern,

Vorsteher des Rauhen Hauses zu Horn bei Hamburg  
und des Evang. Johannesstiftes bei Berlin.

Mai 1871.

Karlsruhe. Druck und Verlag bei Friedrich Gutsch.